

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Riexinger, Thomas Lutze,  
Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/1733 –**

### **Neun-Euro-Ticket verlängern – Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs beschleunigen**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, umgehend einen Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vorzulegen, mit dem das Neun-Euro Ticket bis mindestens Ende dieses Jahres verstetigt wird, ein mindestens hälftiger Ausgleich des bei den Ländern seit 2019 angefallenen Mehrbedarfes erfolgt und die im Koalitionsvertrag versprochene Erhöhung der Regionalisierungsmittel bereits im Jahr 2022 vollzogen wird.

Weiterhin soll er die Bundesregierung auffordern, im dritten Quartal dieses Jahres dem Deutschen Bundestag ein mit den Ländern abgestimmtes Konzept zur sukzessiven Angebotsausweitung, insbesondere in den städtischen Randbereichen und im ländlichen Raum, mit dem Ziel einer Verdopplung der Zahl der Fahrgäste im ÖPNV bis 2030 und für dauerhaft niedrigere Preise im ÖPNV bis hin zum Nulltarif, insbesondere für Menschen ohne eigenes Einkommen, vorzulegen und umgehend den Evaluierungsbericht zu den „Kommunalen Modellvorhaben 2018 bis 2021 im Öffentlichen Personennahverkehr ergänzend zum „Sofortprogramm Saubere Luft““ vorzulegen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/1733 abzulehnen.

Berlin, den 18. Mai 2022

**Der Verkehrsausschuss**

**Udo Schiefner**  
Vorsitzender

**Martin Kröber**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Martin Kröber

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 20/1733** in seiner 34. Sitzung am 12. Mai 2022 beraten und hat ihn an den Verkehrsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, umgehend einen Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vorzulegen, mit dem das Neun-Euro Ticket bis mindestens Ende dieses Jahres verstetigt wird, ein mindestens hälftiger Ausgleich des bei den Ländern seit 2019 angefallenen Mehrbedarfes erfolgt und die im Koalitionsvertrag versprochene Erhöhung der Regionalisierungsmittel bereits im Jahr 2022 vollzogen wird.

Weiterhin soll er die Bundesregierung auffordern, im dritten Quartal dieses Jahres dem Deutschen Bundestag ein mit den Ländern abgestimmtes Konzept zur sukzessiven Angebotsausweitung, insbesondere in den städtischen Randbereichen und im ländlichen Raum, mit dem Ziel einer Verdopplung der Zahl der Fahrgäste im ÖPNV bis 2030 und für dauerhaft niedrigere Preise im ÖPNV bis hin zum Nulltarif, insbesondere für Menschen ohne eigenes Einkommen, vorzulegen und umgehend den Evaluierungsbericht zu den „Kommunalen Modellvorhaben 2018 bis 2021 im Öffentlichen Personennahverkehr“ ergänzend zum „Sofortprogramm Saubere Luft“ vorzulegen.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1733 in seiner 16. Sitzung am 18. Mai 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verkehrsausschuss hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 11. Mai 2022 beraten und hat dessen Einbeziehung in die bereits zuvor beschlossene öffentliche Anhörung zum „Siebten Gesetz zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes“ (Drucksache 20/1739) am 16. Mai 2022 beschlossen.

In seiner 10. Sitzung am 16. Mai 2022 hat er die öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/1739 sowie zu dem Antrag auf Drucksache 20/1733 durchgeführt.

An der Anhörung nahmen als Sachverständige teil: José Luis Castrillo, Vorstand Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AöR; Robert Dorn, Stellvertretender Geschäftsführer des Bundesverbands SchienenNahverkehr e. V.; Jens Hilgenberg, Leiter Verkehrspolitik beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND) Friends of the Earth Germany; Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer e. V. (BDO); Hilmar von Lojewski, Beigeordneter und Leiter des Dezernats Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr beim Deutschen Städtetag; Prof. Dr.-Ing. Tom Reinhold, Geschäftsführer traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH; Rechtsanwalt Dr. Jan Schilling, Geschäftsführer Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) beim Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV) und Dr. Mattias Stoffregen, Geschäftsführer des Bündnisses für fairen Wettbewerb im Schienenverkehr (MOFAIR e. V.).

Wegen des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Wortprotokoll der 10. Sitzung des Verkehrsausschusses verwiesen.

In seiner 11. Sitzung am 17. Mai 2022, die von den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 20/1739 beantragt worden war und die durch die Präsidentin des Deutschen Bundestages als Sondersitzung genehmigt wurde, hat der Verkehrsausschuss auch den Antrag auf Drucksache 20/1733 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, in Bezug auf das 9-Euro-Ticket sei in der Anhörung am 16. Mai 2022 noch einmal bestätigt worden, dass es sich dabei um eine sehr gute sozialpolitische Maßnahme handele, die viele Menschen entlasten werde. Es solle nach den drei Monaten, in denen das Ticket gelte, eine substantiierte Evaluation geben werde. Erst nach den drei Monaten könne man beurteilen, welche Wirkung das Projekt eines 9-Euro-Tickets gehabt habe und ob die Erwartungen erfüllt worden seien. Vor diesem Hintergrund könne man dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. nicht zustimmen, welcher eine Verlängerung ohne eine solche Bewertung fordere.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, sie widerspreche der Ansicht nicht, dass die Anhörung ergeben habe, dass es sich bei dem 9-Euro-Ticket um ein gutes Sozialprojekt handele. Diese habe aber auch bestätigt, dass im ÖPNV keine „Schnellschüsse“, sondern eine langfristige Planung erforderlich sei. Die Erfahrung zeige zudem, dass man vor einer Preissenkung im ÖPNV erst einmal die Basis durch ein ausreichendes Angebot schaffen müsse. Sie lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, es handele sich bei dem geplanten 9-Euro-Ticket um eine gute Maßnahme, um viele Menschen zu entlasten. Deshalb führe man ein vergünstigtes Ticket für drei Monate ein. Die Anhörung habe gezeigt, dass das 9-Euro-Ticket eine große Chance beinhalte, man aber auch die Stärkung des Systems ÖPNV an sich in Angriff nehmen und für eine Verbesserung des Angebotes sorgen müsse. Sie lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. ab.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, über das Primärziel der Entlastung der Menschen hinaus wolle man mit dem 9-Euro-Ticket auch dem ÖPNV, der besonders unter der Pandemie gelitten habe, einen Neustart ermöglichen und wolle Menschen wieder neu vom ÖPNV überzeugen. Mit dem 9-Euro-Ticket starte man zudem einen Feldversuch, der zeigen werde, wie der ÖPNV künftig auszugestalten sei. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. lehne sie ab.

Die **Fraktion der AfD** betonte, die öffentliche Anhörung habe bestätigt, dass es sich bei dem 9-Euro-Ticket um ein Experiment mit unsicherem Ausgang handele. Es würden in erster Linie touristische Verkehre und Freizeitverkehre gefördert und die Kapazitätsgrenzen würden ausgereizt, weil es keine wesentliche Angebotserweiterung gebe. Dem verfassungsrechtlich problematischen Antrag der Fraktion DIE LINKE. könne sie nicht zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie sehe die geplante Einführung eines 9-Euro-Tickets als einen Schritt in die richtige Richtung, der aber nicht weitgehend genug sei. Auch die Sachverständigen bei der Anhörung am 16. Mai 2022 hätten das 9-Euro-Ticket als einen Schritt in die richtige Richtung gewertet. Sie hätten aber auch festgestellt, dass das mit einem Einstieg in den Ausbau des ÖPNV und in eine dauerhafte Ticketpreissenkung verbunden sein müsse.

Der **Verkehrsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1733.

Berlin, den 18. Mai 2022

**Martin Kröber**  
Berichterstatler